

USA blockiert UN-Resolution für Feuerpause im Gazastreifen

Die USA haben ein UN-Sicherheitsratsresolution, die einen sofortigen Waffenstillstand im Gazakonflikt forderte, mit einem Veto belegt. 14 andere Staaten unterstützten den Antrag.



Die Vereinigten Staaten haben am Mittwoch ein UN-Sicherheitsratsbeschlussvotum abgelehnt, das einen "sofortigen, bedingungslosen und dauerhaften" Waffenstillstand zwischen Israel und der militantengruppe Hamas in Gaza forderte.

US-Veto und internationale Reaktionen

Die USA waren das einzige Land, das gegen den Beschluss stimmte. Vierzehn andere Nationen, darunter das Vereinigte Königreich, sprachen sich dafür aus. Es gab keine Stimmenthaltungen. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Dorothy Camille Shea, erklärte, dass die USA den Beschluss ablehnten, da er nicht die Entwaffnung von Hamas und den Rückzug aus Gaza fordere.

"Der Beschluss ist inakzeptabel aufgrund dessen, was er sagt, inakzeptabel wegen dessen, was er nicht sagt, und inakzeptabel wegen der Art und Weise, wie er vorangebracht wurde", sagte sie in ihren Kommentaren vor der Abstimmung.

Die USA haben seit Beginn dieses Konflikts eine klare Position eingenommen: Israel hat das Recht, sich zu verteidigen, was die Niederlage von Hamas und die Sicherstellung umfasst, dass diese niemals wieder in die Lage versetzt werden, Israel zu bedrohen. In dieser Hinsicht ist jedes Ergebnis, das die Sicherheit unseres engen Verbündeten Israel untergräbt, nicht akzeptabel", fügte sie hinzu.

Die Haltung des Vereinigten Königreichs

Dies ist nicht das erste Mal, dass die USA einen Entwurf für eine UN-Sicherheitsratsresolution zu Gaza ablehnen. Im November 2024 lehnten sie einen Beschluss ab, der einen sofortigen, bedingungslosen und dauerhaften Waffenstillstand forderte, unter dem Vorwand, dass dieser nicht die Freilassung von Geiseln gesichert hätte.

Das Vereinigte Königreich bedauerte, dass die letzte Resolution "keinen Konsens erreichen konnte". "Das Vereinigte Königreich hat heute für diesen Beschluss gestimmt, angesichts der unerträglichen Situation in Gaza", sagte Barabara Woodward, die ständige Vertreterin des Vereinigten Königreichs bei den Vereinten Nationen in New York nach der Abstimmung.

"Wir sind entschlossen, diesem Krieg ein Ende zu setzen, die Freilassung der von Hamas gehaltenen Geiseln zu sichern und die katastrophale humanitäre Lage für Palästinenser in Gaza zu lindern", fügte sie hinzu.

Kritik an Israels Militäraktionen

Woodward bezeichnete Israels Erweiterung der Militäroperationen in Gaza und die strengen Einschränkungen bei der humanitären Hilfe als "unrechtfertigbar, unverhältnismäßig und kontraproduktiv." Israel startete Mitte Mai eine neue Offensive in Gaza, die darauf abzielt, Hamas zu vernichten und Geiseln zu befreien. Dies löste Verurteilungen seitens der Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen aus, die warnen, dass Zivilisten unter dem erweiterten Angriff leiden.

Die Botschafterin verurteilte auch den Angriff von Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und forderte die militantengruppe auf, alle **Geiseln** "sofort und bedingungslos" freizulassen, und stellte klar: "Hamas kann keine Rolle in der zukünftigen Regierungsführung von Gaza spielen."

Die Botschafterin bekräftigte die Position des Vereinigten Königreichs, dass "eine Zwei-Staaten-Lösung der einzige Weg ist, um den dauerhaften Frieden, die Stabilität und die Sicherheit zu erreichen, die sowohl Israelis als auch Palästinenser verdienen."

Unterstützung für Israel

In der Zwischenzeit bedankte sich Israels Außenminister Gideon Sa'ar bei US-Präsident Donald Trump und der US-Administration "für die Schulter-an-Schulter-Unterstützung mit Israel und dafür, dass sie diesen einseitigen Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat abgelehnt haben."

"Der vorgeschlagene Beschluss stärkt nur Hamas und untergräbt die amerikanischen Bemühungen um einen Geiseldialog", fügte er in einem Beitrag auf X kurz nach der Abstimmung hinzu.

Der Entwurf forderte "einen sofortigen, bedingungslosen und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza, der von allen Parteien

respektiert wird", sowie die "sofortige und bedingungslose Aufhebung aller Einschränkungen für die Einfuhr humanitärer Hilfe nach Gaza und deren sichere und ungehinderte Verteilung im großen Maßstab." Zudem wurde die "sofortige und bedingungslose Freilassung aller von Hamas und anderen Gruppen gehaltenen Geiseln" gefordert.

Am 7. Oktober 2023 startete **Israel den Krieg in Gaza, nachdem Hamas** und andere palästinensische bewaffnete Gruppen einen Überraschungsangriff auf den Süden Israels verübt hatten, bei dem 1.200 Menschen, überwiegend Zivilisten, getötet wurden und 251 Geiseln genommen wurden. Es war der tödlichste Terroranschlag in der Geschichte Israels.

Das palästinensische Gesundheitsministerium in Gaza meldete, dass die Zahl der bei Israels Offensive in Gaza nach den Angriffen vom 7. Oktober getöteten Menschen mittlerweile 54.000 übersteigt, von denen die meisten Frauen und Kinder sind.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at